

Inhaltsverzeichnis

Dr. Ruck, MdB: Nationale Interessen

*M. Ferber, MdEP:
Drei Pfeiler der EU-Reform*

*Dr. Hans-Peter Uhl, MdB:
Luftsicherheit und Terrorismus*

*Dr. von und zu Guttenberg, MdB:
Deutsche Soldaten im Nahen Osten*

*Dr. G. Hardewig:
Schwere Transportubschrauber FTH/HTH*

*Dr. Heinrich Maetzke:
Afghanistan – Eine Bilanz*

*Dr. Alamir, IABG:
Vernetzte Sicherheit – ein Schlagwort?*

*Parl. Sts. Schmidt, MdB: Mehr Sicherheit
durch Vernetzte Sicherheit*

*Dr. G. Hardewig:
MILAN ADT-ER für den PUMA?*

*EADS: Militärisches Luftfahrtzentrum
in Manching*



Eurofighter überwacht Olympische Spiele 2006

Foto: EADS

ASP-Fachausschüsse in „Politik & Sicherheit“

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU ist das Forum der Begegnung für alle an der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik interessierten Bürger. Vorsitzender des ASP und Koordinator von vier Fachausschüssen, die auch Nicht-Mitgliedern der CSU offenstehen, ist der Parl. Staatssekretär im BMVg Christian Schmidt, MdB. Herr Schmidt leitet infolgedessen auch den Fachausschuss „Sicherheitspolitik und Bundeswehr“. Leiter des Fachausschusses „Außenpolitik“ ist MdB Karl-Theodor von und zu Guttenberg, Leiter des Fachausschusses „Europapolitik“ der Europaabgeordnete Markus Ferber, MdEP, und Leiter des Fachausschusses „Entwicklungspolitik“ MdB Christian Ruck. Diese Politiker gehören ebenso zum festen Autorenstab der Fachzeitschrift „Politik & Sicherheit“ wie z.B. MdB Hans-Peter Uhl, der insbesondere für die „Innere Sicherheit“ zuständig ist. Darüber hinaus publizieren Fachleute u.a. die unterschiedlichsten Themen der wehrtechnischen Industrie.

*Dr. Gerd Hardewig
Chefredakteur*

Dr. Christian Ruck MdB,
Leiter des Fachausschusses Entwicklungspolitik des ASP*

Nationale Interessen gemeinsam definieren und abgestimmt durchsetzen

Für eine gemeinsame Strategie und bessere Verzahnung der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik

Aufgrund der verstärkten internationalen Interdependenz und der raschen Zunahme globaler Herausforderungen wie Bevölkerungsentwicklung, Migration, Armut, Umwelterstörung, technologische Revolution oder die Konkurrenz um Rohstoffe, muss die Definition von Sicherheit erweitert werden. Diese Definition muss neben der militärischen auch die ökonomische, finanzielle, soziale und ökologische Dimension einschließen und zu einer besseren praktischen Zusammenarbeit der Akteure aus den verschiedenen Bereichen führen. Diese Einsicht wird aktuell nicht nur im Rahmen der Afghanistan-Debatte, sondern auch beispielsweise in der Diskussion über die Folgen des Klimawandels immer

klarer: Gerade in den ärmeren Entwicklungsländern kann es zu gravierenden Migrationsbewegungen, Auflösung sozialer Strukturen, Verteilungskämpfe um Trinkwasser und andere Ressourcen und zur Existenzbedrohung ganzer Bevölkerungsgruppen kommen. Hieraus erwachsen unabsehbare sicherheitspolitische Risiken, die auf den ersten Blick nicht klassisch-militärisch sind, aber langfristig zu ebenso gefährlichen Bedrohungsszenarien führen können. Das neueste Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltfragen (WBGU) definiert daher auch schon die Entwicklungszusammenarbeit als „präventive Sicherheitspolitik“, die helfen soll, die Risiken des Klimawandels für Mensch und Umwelt zu verringern – damit es gar nicht erst zu militärischen Auseinandersetzungen kommen muss.

* Dr. Christian Ruck ist entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und stv. Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.



Dr. Christian Ruck, MdB

Aber auch ohne den Klimawandel und direkte militärische Angriffe auf Europa und Deutschland sind die Risiken für unsere Sicherheit vielseitig und unvorhersehbar geworden: Der internationale Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist eine neuartige strategische Bedrohung. Auch Entwicklungsländer sind bereits Nuklearmächte oder streben womöglich danach. „Gescheiterte Staaten“ (failed states) bewirken ein breites Spektrum sicherheitspolitischer Risiken. Bürgerkriege, ethnisch-religiös motivierte Gewalt und schlechte Regierungsführung haben zur Schwächung bzw. zum Verfall staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen geführt: Warlords, Terroristen, Drogenbarone und organisierte Kriminelle übernehmen vielerorts die Herrschaft. Die Destabilisierung bestimmter Entwicklungs- und Schwellenländer kann das internationale Wirtschafts- und Finanzgeschehen und unsere Interessen als Exportnation negativ tangieren.

Diese Risiken müssen klar identifiziert und ihre Eindämmung als eigenes, deutsches Interesse definiert werden. Entwicklungszusammenarbeit dient in diesem Zusammenhang dann der Prävention von Krisen und Konflikten – gewissermaßen als Vorab-Verteidigung – im wohlverstandenen gegenseitigen Interesse mit unseren Partnerländern.

In den letzten Jahren hat sich die Distanz zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, zwischen militärischen und entwicklungspolitischen Akteuren bereits deutlich verringert. Dies liegt vor allem an der Erkenntnis, dass Entwicklung ohne Sicherheit und Sicherheit ohne Entwicklung nicht möglich ist: Die meisten gegenwärtigen Kriege und Bürgerkriege finden in Entwicklungsländern statt. In diesen Ländern verhindern Sicherheitsrisiken sinnvolle Entwicklungsarbeit oder das Kriegsgeschehen macht bereits erreichte Entwicklungserfolge nachträglich zunichte. Umgekehrt stehen sicherheitspolitische und friedenssichernde Maßnahmen in Entwicklungsländern ohne nachhaltige Entwicklung auf tönernen Füßen. Die Konfliktbeendigung und militärische Sicherung eines

vormaligen Kriegs- oder Bürgerkriegslandes ist nur der Anfangspunkt für dessen langfristige Stabilisierung und nachhaltigen Aufbau.

Die Entwicklungspolitik ist im Rahmen des „Peace-Building“ ein wichtiger Akteur. Sie befördert zusammen mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel der Polizei, den Aufbau der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die für einen soliden Staats- und Gesellschaftsaufbau notwendig sind. Der Wiederaufbau durch die Entwicklungszusammenarbeit ist der zivile Beitrag zur Sicherheitspolitik, aber auch ganz konkret die Exit-Strategie für unsere Soldaten, deren Einsatz nicht ewig dauern kann.

Stärkeres Engagement und bessere Abstimmung

Ressortegoismen und -eigenleben dominieren immer noch über sektorübergreifende und zukunftsorientierte Kooperationen und bremsen einen kohärenten Politikansatz. Die Rolle des Bundessicherheitsrats sollte daher verbessert werden. Ein Beitrag dazu wäre ein permanentes Sekretariat des Bundessicherheitsrates zur Überwachung von Krisengebieten und Krisenreaktionen, um eine bessere Verzahnung der verschiedenen Politikfelder und -akteure zu erreichen.

Die bisherigen Ansätze zur zivil-militärischen Zusammenarbeit sind begrüßenswert, aber noch zu verbessern – insbesondere im Sinne einer klaren Aufgabenverteilung und -trennung. Es ist nicht primäre Aufgabe des Militärs, Wiederaufbauhilfe und die Entwicklung tragfähiger und stabiler staatlicher Strukturen zu betreiben. Dies ist vielmehr eine Aufgabe der Polizeikräfte hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung organisierter Kriminalität einerseits und der entwicklungspolitischen Organisationen hinsichtlich der Aufbauhilfe andererseits. Das deutsche Modell der PRT-Einsätze in Afghanistan hat jedoch schon Vorbildcharakter für andere Partner der internationalen Zusammenarbeit. Die Weitervermittlung dieses Konzeptes an die Partner – beispielsweise an die Kanadier, unsere „Nachbarn“ in Afghanistan – ist ein wichtiger Beitrag für den Erfolg der gemeinsamen Mission.

Die Bundesregierung muss im Rahmen der globalen Sicherheitspolitik auch stärker

auf die Vereinten Nationen (VN) und auf die mit der Ausführung beauftragten Bündnisse und Organisationen einwirken – konzeptionell und personell. Defizite in den Befehlsstrukturen der gegenwärtigen VN-Friedensmissionen sind zielgerichteter als bisher auszuräumen.

Der eigene personelle Beitrag dazu muss erhöht und besser platziert werden. Durch unseren Einfluss muss mit raschen und flexiblen Maßnahmen des „Peace-Building“ der Übergang von der militärischen Sicherung der Post-Konflikt-Situation zur entwicklungspolitischen Unterstützung des Wiederaufbaus und zur nachhaltigen politischen Stabilisierung eingeleitet werden. Wir müssen den Aufbau und die Erweiterung regionaler Ordnungs- und Krisenbewältigungsstrukturen der Entwicklungsländer (z.B. die Afrikanische Union) effizienter unterstützen und deren Führungs-, Ausbildungs-, Kommunikations- und Logistikdefizite beseitigen helfen.

Deutschland muss erkennen, dass für den Übergang von Friedenssicherung zur Friedenserhaltung vor allem auch dem Aufbau der Polizei und ihrer Verwaltung vor Ort eine zentrale Rolle zukommt. Die Bedeutung dieser strategischen Schnittstelle zwischen Militäreinsatz und zivilem Wiederaufbau muss bei der Erstellung ressortübergreifender Konzepte stärker berücksichtigt und in der Operationsplanung von Beginn an bedacht werden. Nur wenn es gelingt, die Sicherung des Friedens vor Ort an lokale und regionale Ordnungskräfte zurückzudelegieren, können wir unsere Soldaten aus den Krisenherden dieser Welt wieder zurückziehen.

Die Entwicklungszusammenarbeit hat in den vergangenen Jahren in der deutschen Politik an Bedeutung gewonnen. Dies liegt zuvorderst an der Einsicht, dass wir den sozialen und ökonomischen Ungleichgewichten in der Welt präventiv entgegenwirken müssen, um Krisen und Konflikte zu vermeiden. Eine Entwicklungspolitik, die Entwicklungsanstrengungen in der Welt beeinflusst und befördert, kann zugleich den Armen helfen, Gefahren bekämpfen und die Stellung Deutschlands in der Welt stärken. ■

Dieser Beitrag ist eine Kurzfassung. Die ausführliche Fassung siehe Online-Ausgabe („Ausgewählte Artikel“)

Effizienz, Effektivität, Legitimität: 3 Pfeiler der EU-Reform



Markus Ferber, MdEP

Das Tauziehen um die Zukunft der Europäischen Union geht in eine neue Runde. Seit dem Sommer tagen die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit den Beobachtern des Europäischen Parlaments, um den neuen Reformvertrag auszuarbeiten. Dieser soll nach derzeitigem Stand von den Staats- und Regierungschefs Ende Oktober beschlossen werden.

Der Reformvertrag in seinem jetzigen, vorläufigen Zuschnitt – Grundlage ist das unter deutscher Ratspräsidentschaft erarbeitete Verhandlungsmandat – wird die Arbeit der Europäischen Union grundlegend verändern. Träger dieser Veränderung ist ein Zugewinn an Effizienz, Effektivität und Legitimität.

Mit dem Begriff Effizienz verbindet sich unter anderem die Hoffnung nach einer schnelleren Beschlussfassung wo dies nötig ist. Die Europäische Union kann es sich angesichts der vielfältigen Herausforderungen nicht leisten, dass wichtige Beschlüsse unnötig verzögert werden. Als Teil der Bemühungen um mehr Effizienz sind die mit dem Reformvertrag angestrebte Verkleinerung der Kommission oder die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat zu sehen.

Zu mehr Effektivität in der Ausgestaltung und Umsetzung der europäischen Politik sollen nicht zuletzt die Neuerungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beitragen. Die seit Maastricht unter dem Stichwort Säulenmodell bekannte Sonderrolle der Außenpolitik soll wie auch die der Gemeinsamen Justiz- und Innenpolitik abgeschafft oder zumindest abgemildert werden. Nachdem das Konzept eines Europäi-

schen Außenministers keine Mehrheit fand, soll die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) durch einen Hohen Beauftragten ausgestaltet werden, der dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten, also der Tagung der EU-Außenminister, vorsteht. Der Vorteil liegt auf der Hand: anders als die bisher im sechsmonatigen Rhythmus wechselnden Ratspräsidentschaften kann der Hohe Beauftragte für Kontinuität sorgen und Aktivitäten bündeln. Zudem soll er durch eine im Brüsseler Jargon „Doppelhut“ genannte Lösung zugleich Mitglied der Kommission sein, und die Aufgaben eines Kommissars für Auswärtige Angelegenheiten übernehmen. Die fünfspurige Schnellstrasse „Rue de la Loi“ soll künftig also das Kommissionsgebäude und den Rat nur noch physisch trennen und nicht mehr organisatorisch.

Aber nicht nur bei der Koordinierung und Absprache nach innen soll der Reformvertrag zu einem deutlichen Zugewinn an Effektivität führen. Auch nach außen soll die Union sichtbarer auftreten. Durch die Bündelung der außenpolitischen Strukturen – womöglich auch mit Hilfe eines Europäischen Auswärtigen Dienstes – sollen die vielfältigen Instrumente der Union in einer Hand zusammengeführt werden. Damit können endlich wirkungsvolle Verknüpfungen geschaffen werden zwischen der GASP und der Entwicklungshilfe, der Nachbarschaftspolitik, wie auch den Handelsbeziehungen der Union.

Weiter gestärkt wird die Rolle der EU durch den dritten Aspekt des angestrebten Reformvertrages: einen Zugewinn an Legitimität. Entscheidender Punkt ist die Ausweitung der Mitspracherechte des Europäischen Parlaments. Damit erfährt das Europäische Parlament eine weitere Aufwertung seiner Rolle als Volksvertretung der europäischen Bürger. Aus Sicht des Europäischen Parlaments wäre allerdings eine weitergehende Mitsprache in der GASP sicherlich wünschenswert gewesen.

Aber nicht nur das Parlament, auch der Rat wird sich verändern. So soll bei Ratsabstimmungen künftig die Bevölkerungszahl berücksichtigt werden. Nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit sollen Beschlüsse künftig durch 55 Prozent der mit je einer Stimme ausgestatteten Mitgliedstaaten gefasst werden; diese müssen aber 65 Prozent der Bevölkerung vertreten.

Effizienz, Effektivität, Legitimität: auf diesen drei Pfeilern muss die Europäische Union ihre Zukunft bauen. Wie nötig dies ist, zeigt ein Blick gerade auch auf die sich im internationalen Blick befindlichen Aufgaben. Im nationalen Alleingang lassen sich weder internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität oder illegale Einwanderung wirkungsvoll bekämpfen, noch eine langfristige und dauerhafte Versorgung mit elementaren Rohstoffen sichern. Ergänzt wird ein solcher Zugewinn an kollektiver Sicherheit durch die Vorteile des Binnenmarktes, der nach wie vor für die deutsche Wirtschaft nicht an Bedeutung verloren hat.

Gewiss: noch ist nichts gewonnen. Noch haben sich die Staats- und Regierungschefs lediglich auf das Verhandlungsmandat geeinigt und nicht auf einen abschließenden Vertrag. Aber die Entscheidung rückt näher. Am 18. und 19. Oktober soll der Reformvertrag auf den Weg gebracht werden. Dann wird sich zeigen, ob es noch einen Konsens gibt, um das Europa von morgen zu gestalten. Der Ausbau an Sicherheit und die Vorteile des Binnenmarktes sind nicht nur im deutschen Interesse, sondern auch im Interesse Großbritanniens und Polens. Wenn diese Staaten heute den Zustand der Europäischen Union und ihrer Institutionen kritisieren, wäre es nur konsequent, den Reformvertrag im Hinblick auf den zu erwarteten Zugewinn an Effizienz, Effektivität und Legitimität zu unterstützen. Es wäre fatal, wenn diese institutionelle Neuordnung wegen einzelner Bedenken verhindert werden würde. ■

* Markus Ferber, MdEP, ist Vorsitzender der CSU-Europagruppe.

Politik und Sicherheit im Internet unter:
www.politik-und-sicherheit.de
mit Links auf wehrtechnische Firmen, Archiv, etc.

Luftsicherheit im Zeitalter des Terrorismus



Dr. Hans-Peter Uhl

Die Äußerungen des Verteidigungsministers zum Thema Luftsicherheit rufen in Erinnerung, dass uns im Falle eines außerordentlichen Angriffs auf die Grundlagen des Gemeinwesens eine rechtliche Handhabung fehlt. Die Verantwortlichen – der Minister und die betroffenen Soldaten in der Befehlskette – wären nach bisherigem Stand mit allen rechtlichen und moralischen Problemen allein gelassen. Schon dass der Verteidigungsminister Jung auf diesen Umstand hingewiesen hat, hat einen regelrechten „Skandal“ hervorgerufen: Moralische Empörung und Verurteilung – das ist immer die bequemste Position.

Doch ein wesentlicher Zweck des Staates ist es für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. Vor diesem Hintergrund ist die öffentliche Diskussion sehr einseitig. Wir haben nur das Bild im Auge, dass ein mit Passagieren besetztes Flugzeug auf staatlichen Befehl hin abgeschossen wird. Aber es gibt nicht nur dieses Bild. Untrennbar mit dem Inferno des Terrors ist ein zweites Bild verbunden, das Bild von den Opfern am Boden, über denen das Flugzeug zum Absturz gebracht werden soll, das Bild von einem vollbesetzten Fußballstadion oder vielleicht das Bild von vor zwei Jahren, als der Papst auf dem Marienfeld in Köln vor einer Million junger Menschen eine Heilige Messe zelebriert hat. Man stelle sich vor, Terroristen hätten ein Flugzeug gekapert, um es auf das Marienfeld zu steuern. Wie hätte die staatliche Gewalt in dieser Situation handeln sollen?

In einem solchen Moment steckt der Staat in einem Dilemma. Er muss auf tragische Weise entscheiden. Er kann sich nicht neutral verhalten, er muss handeln. Er kann sich nicht zurücklehnen und die Dinge ihrem Schicksal überlassen. Der Staat muss auch Zigtausende unschuldiger Menschen vor Angriffen durch Terroristen schützen.

Natürlich sind solche Dilemma-Situationen nicht theoretisch, sondern nur im konkreten Einzelfall zu entscheiden. Demnach können wir nicht wissen, ob wir je

* Dr. Hans-Peter Uhl ist Innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

den Abschuss eines Flugzeugs, in dem sich auch Tatabeteiligte befinden, billigen könnten. Wir können aber umgekehrt nicht mit Sicherheit vorhersagen, dass wir den Abschuss eines Flugzeugs in einer bestimmten Situation nicht gegenüber einem größeren Übel bevorzugen würden.

Wir alle können nur hoffen, dass eine Situation wie der 11. September 2001 nie wieder eintritt. Wenn sie aber doch wieder eintreten sollte, könnte eine Entscheidung für den Abschuss sich nur auf den „übergesetzlichen Notstand“ berufen. Ich glaube, dass eine solche Entscheidung unter Umständen verantwortbar und richtig sein kann (nicht muss!). Deshalb würde ich mir wünschen, dass eine solche Entscheidung rechtlich möglich wäre und sich nicht auf den übergesetzlichen Notstand berufen müsste. Doch dafür bräuchten wir eine Grundgesetzänderung. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schließt dies nicht aus. Das Urteil über das rot-grüne Gesetz untersagt es zwar, menschliches Leben gegeneinander abzuwägen in den Grenzen des Rechts der Gefahrenabwehr. Ausdrücklich nicht hat das Gericht darüber entschieden, was wir gegen Angriffe unternehmen dürfen, die „auf die Beseitigung des Gemeinwesens und die Vernichtung der staatlichen Rechts- und Freiheitsordnung gerichtet sind.“ Das gilt auch für terroristische Akte, die in ihren Auswirkungen auf die Bevölkerung – nicht nur durch Sach- und Personenschäden, sondern auch in ihren psychologischen Auswirkungen – zu vergleichen sind mit dem Verteidigungsfall. Für solche Fälle trifft das Bundesverfassungsgericht bewusst keine Aussage! Bundesinnenminister Schäuble hat dazu einen Vorschlag vorgelegt für eine Grundgesetzänderung im Artikel 87a GG: Die Streitkräfte sollen in die Lage versetzt werden, nicht nur im Verteidigungsfall, sondern auch im Fall der asymmetrischen terroristischen Bedrohung mit militärischen Kampfmitteln zu handeln. In diesem Fall gelten die Beschränkungen des Rechts der Gefahrenabwehr nicht mehr.

Ich hoffe, dass wir angesichts der terroristischen Bedrohung den Ernst der Lage erkennen. Der Minister hat die Verantwortung, unter der er steht, wahrgenommen und sich zu ihr bekannt. Jetzt ist das Parlament an der Reihe, seine Verantwortung ernst zu nehmen. ■

Impressum

Politik & Sicherheit erscheint 3x pro Jahr, Abgabe kostenlos.

Herausgeber:

Dr. jur. Dipl. rer. pol. Gerd Hardewig (v.i.S.d.P.)
AK Außen- und Sicherheitspolitik (ASP)
81543 München, Oertlinweg 9
e-Mail: webmaster@politik-und-sicherheit.de

Dipl.-Ing. (FH) Jochen Weder
Stv. Landesvorsitzender des ASP
85375 Neufahrn, Albert-Einstein-Str. 20

Internet:

bisher: www.wehrpolitik.net
neu: www.politik-und-sicherheit.de

Redaktion:

Dr. Gerd Hardewig (Chefredakteur)
Stefan Niedermeier
Dr. phil. Alexander Röhreke
Dipl.-Ing. (FH) Jochen Weder
Dr. rer. pol. Ludwig Weigl
Dr. jur. Norbert Zielinski

Druck: Häring Formulare Offsetdruck
Auweg 102, 85375 Neufahrn
Tel. 0 81 65/64 68 59, Fax 0 81 65/64 69 46
e-Mail: nachbar@haering-druck.de
www.haering-druck.de

Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber unbedingt die der Redaktion oder der CSU wieder.

Redaktionsschluss: 20. 9. 2007

Weitere interessante Artikel wie z.B. die ungekürzte Fassung des o.g. Beitrags von Herrn Dr. Ruck („Nationale Interessen gemeinsam definieren und abgestimmt durchsetzen“) oder einen interessanten Beitrag von Herrn Prof. Dr. Carlo Masala („Managing Protektorate: Die vergessene Dimension“) finden Sie in der Online-Ausgabe der „Politik & Sicherheit“ (Ausgewählte Artikel).

Deutsche Soldaten im Nahen Osten – Ein Jahr UNIFIL-Mandat –



Dr. Karl-Theodor von und zu Guttenberg

Mitte September stand die Entscheidung über das UNIFIL-Mandat der Bundeswehr im Libanon im Deutschen Bundestag zur Abstimmung. Der Antrag der Bundesregierung auf einjährige Verlängerung des Man-

dates wurde von Union, SPD und Grünen mit großer Mehrheit angenommen. Lediglich FDP und die Linke stimmten gegen den Einsatz.

Ein Jahr nach dem Krieg im Libanon darf eine erste Bilanz gezogen und die beachtliche Arbeit der deutschen Truppen ein weiteres Mal in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt werden.

Vorgeschichte

Der Mord am libanesischen Ex-Premierminister Rafiq Hariri im Februar 2005 löste im Libanon eine innenpolitische Krise aus. An der nachfolgend gebildeten Regierung der nationalen Einheit beteiligte sich auch die libanesisch-schiitische Hizbullah Miliz und ihr politischer Arm, die Amal-Partei. Das Tribunal, welches den Mord an Hariri aufklären sollte, war für die Hizbullah Grund genug, die Beteiligung an der Regierung faktisch aufzukündigen und gegenüber der gewählten Regierung des sunnitischen Premierministers Fuad Siniora auf Konfrontationskurs zu gehen. In dieser innenpolitisch instabilen Lage entführte die Hizbullah schließlich zwei israelische Soldaten und nahm israelisches Staatsgebiet mit Katjuscha-Raketen unter Beschuss.

Tel Aviv reagierte mit einem Militärschlag gegen den Libanon, der Luftschläge gegen große Teile der libanesischen Infrastruktur, eine Bodenoffensive im Süden Libanons bis zum Lithani Fluss, und eine Seeblockade der Häfen des Landes beinhaltete. Ziel dieser Offensive, die als Juli- oder Libanonkrieg bekannt werden sollte, war die Eindämmung der Hizbullah-Milizen.

Durch die UN-Resolution 1701 konnte schließlich ein Waffenstillstand erreicht

werden. Israel zog sich aus den besetzten Gebieten im Süden Libanons zurück und hob seine Seeblockade gegen den Libanon auf. Den Sicherheitsinteressen Israels wurde durch die besagte Resolution insoweit Rechnung getragen, als das Mandat der seit Ende der siebziger Jahre bestehenden Interimstruppen der Vereinten Nationen (UNIFIL) deutlich erweitert wurde: Zusätzliche Kompetenzen ließen ein robustes, wenngleich nicht offensives Mandat entstehen. Das Einsatzgebiet des Mandates umfasst nunmehr den Südlibanon sowie mit seinem maritimen Teil die Gewässer vor der Küste des Landes.

Inhaltliche Zielsetzung des Mandates ist es nach wie vor, die Regionen des Libanon, aus denen Israel sich zurückgezogen hat, geordnet unter die Kontrolle der libanesischen Regierung zu bringen. Zudem sollen Waffenlieferungen an paramilitärische Vereinigungen – allen voran die Hizbullah – unterbunden und somit als Fernziel sowohl Stabilität im Libanon als auch die Sicherheit Nord-Israels gefördert werden.

Schwieriges Mandat

Das Mandat der Bundeswehr im Rahmen der VN-Truppe UNIFIL stellte die Bundesrepublik vor besondere Herausforderungen. Die Entsendung von deutschen Soldaten unmittelbar vor die Grenzen Israels erforderte auch angesichts einer besonderen Verantwortung eine besondere Sensibilität. Die Einladungen sowohl Israels als auch des Libanon an Deutschland, sich an der Truppe zu beteiligen, waren ein entscheidendes Signal und widerspiegeln einen hohen Vertrauensvorschuss.

Deutsche Führungsrolle zur See

Das deutsche Mandat hat seinen Schwerpunkt in der sogenannten Maritime Task Force (MTF) der UNIFIL, deren Aufgabe es ist, die libanesischen Seestreitkräfte dabei zu unterstützen, den seeseitigen Waffenschmuggel in den Libanon unter Kontrolle zu halten. In diesem Rahmen beteiligen sich 960 deutsche Soldaten an der Mission. Die Bundeswehr stellt je zwei Fregatten, Schnellboote, Minenjäger und Bordhubschrauber sowie einen Versorger. Überwacht wird das Seegebiet vor der Küste

des Libanon bis zu einer Entfernung von 50 Seemeilen. Innerhalb einer Zwölf-Meilen-Zone vor der Küste handelt die MTF nur mit libanesischer Erlaubnis und innerhalb einer Sechs-Meilen-Zone nur auf libanesischer Anweisung.

Innerhalb der MTF befindet sich Deutschland in exponierter Stellung, da es das Kommando über die Truppe innehat, die sich daneben auf Beteiligte aus Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Griechenland und der Türkei stützt.

Bilanz

Nach einem Jahr stellt sich die Lage im Libanon wie folgt dar: In den Gebieten des Südlibanon ist relative Ruhe eingetreten. Den Truppen der UNIFIL ist es insoweit gelungen, ihr Mandat zu erfüllen. Die Kontrolle der libanesischen Regierung über die südlichen Landesteile kann ebenfalls als weitgehend wiederhergestellt angesehen werden.

Allerdings darf nicht davon ausgegangen werden, dass der Libanon in seiner religiösen und konfessionellen Heterogenität als beruhigt erachtet werden kann. Fakt ist nämlich auch: die Hizbullah wurde von Israel geschwächt, aber nicht besiegt und die beiden Soldaten, deren Entführung den Auslöser des Krieges darstellte, befinden sich nach wie vor in der Gewalt der schiitischen Miliz. Demzufolge wird die Hizbullah vielerorts im Libanon als moralischer Sieger des Krieges angesehen, was die Stellung der Regierung Siniora im Lande nach wie vor beeinträchtigt.

Unter Bezugnahme auf MTF lässt sich wie folgt Bilanz ziehen: Eine Abfrage von 9200 Schiffen durch die MTF führte zu einer Kontrolle durch libanesischen Stellen von 36 Schiffen. Erwähnenswerte Waffenfunde waren hierbei nicht zu verzeichnen.

Mehrfache Vorfälle zwischen deutschen Schiffen und israelischen Kampfflugzeugen sowie Annäherung von israelischen Drohnen, Jagdflugzeugen und Schnellbooten an deutsche Schiffe konnten stets schnell und ohne direkte Konfrontation geklärt werden.

Angesichts der besonders schwierigen Ausgangslage und der hohen Erwartungen, die an einen deutschen Beitrag zu

Fortsetzung auf Seite 6

* Der Autor ist Obmann der CDU/CSU im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages.

FTH/HTH – Die Zukunft schwerer Transporthubschrauber



Dr. Gerd Hardewig

Seit den späten 1970er Jahren betreibt Deutschland im taktischen Lufttransport der Bundeswehr den Transporthubschrauber CH-53G. Um den Zeitraum bis zur Verfügbarkeit eines neuen Transportsystems überbrücken zu können, werden derzeit Struktur und Systeme der CH-53G zur Lebensdauerverlängerung und Produktverbesserung (PV) aufgerüstet. Ab den Jahren 2018 bis 2020 wird jedoch die Beschaffung eines neuen Transportsystems, eines „Future Heavy Transport Helicopter“ (FTH/HTH), zwingend erforderlich.

Darüber hinaus verlangt eine erhöhte Zahl an regionalen Konflikten in Verbindung mit einer vermehrten Teilnahme an „out-of-area missions“ ein geeignetes System wie den FTH/HTH mit Eigenschaften wie erhöhte Missionsreichweite und Ausdauer; gesteigerte Missionserfüllungsrate, Überlebensfähigkeit und Handhabbarkeit; bessere Reaktionsfähigkeit und Flexibilität durch modulare Missionsausrüstung, wie auch eine vergrößerte Kabine für eine taktische Transportfähigkeit. Die steigende Zahl an Naturkatastrophen in der letzten Zeit zeigt auch die Notwendigkeit zusätzlicher „heavy lift“ Kapazitäten für globale humanitäre Hilfen.

Um die generellen wie auch die missionsspezifischen Forderungen erfüllen zu können, analysierte die Fa. Eurocopter unterschiedliche verfügbare oder in der

Entwicklung befindliche senkrecht startende Transportsysteme (CH-53K, CH-47F, MI-26T). Die Analyse zeigt, dass keines dieser Systeme die Forderungen aus dem HTH Request for Information (RFI) erfüllen kann. Eurocopter untersucht nun verschiedene Hubschrauberkonfigurationen und bewertet potentielle Kooperationspartner, um die beste Lösung für die anspruchsvollen Forderungen zu finden.

Nach dem HTH RFI und der Unterzeichnung der Systemfähigkeitsforderungen (SFF) im Jahr 2006 wird im Moment an der abschließenden funktionalen Forderung (AF) gearbeitet, die im wesentlichen die Reduktion der Extremforderungen aus dem HTH RFI auf realistische und tragfähige Lösungsalternativen beinhaltet. Diese gibt den Rahmen für einen FTH/HTH vor und dimensioniert damit ein Waffensystem und die Leistungsfähigkeit der Heeresflieger für die nächsten 40–50 Jahre. Bei Eurocopter arbeitet man derzeit parallel an der Analyse marktverfügbarer Subsysteme und Komponenten (europäisch / amerikanisch), Maßnahmen zur Risikoanalyse für nicht verfügbare Komponenten, Integration eines Gesamtsystems sowie die Evaluierung von Finanzierungsmodellen und Programmorganisationen, um dem Kunden die bestmögliche Produktlösung anbieten zu können. Hierbei ist die Berücksichtigung der Erfahrungen aus den militärischen Programmen TIGER, NH90 und A400M ein absolutes „muss“.

Anlässlich der Paris Airshow 2007 in Le Bourget haben die Verteidigungsministerien von Deutschland und Frankreich eine gemeinsame „Declaration of Interest“ unterzeichnet, um den Fahrplan für einen FTH/HTH zu definieren. Hie-



EUROCOPTER Konzeptstudie des FTH/HTH

rin wurde die gemeinsame Vorbereitung eines Rahmenwerks zur Beschaffung eines FTH im Zeitraum 2020 festgelegt mit dem Ziel, die logistische Lücke zwischen NH90 und A400M in Bezug auf den operativ / taktischen Lufttransport zu füllen. Gleichzeitig wurde eine Öffnung des potentiellen gemeinsamen Projekts für andere Europäische Nationen auf Basis der deutsch / französischen Forderungen und Richtlinien vereinbart. Die Bearbeitung und Abwicklung des Gesamtprogrammes soll im Rahmen der European Defence Agency (EDA) erfolgen.

Um die geplanten Meilensteine des Kunden halten zu können, sind einige zeitnahe Zusagen notwendig. Hierzu zählt sowohl die Verpflichtung für ein solides Beschaffungsvolumen mit einem Leertitel im EPI 14 ab 2008/2009, wie auch die Freigabe signifikanter Budgets für vorläufige Forschungs- und Konzeptarbeiten zur Risikominimierung und Vorbereitung des Programmstarts. Zur Vorbereitung von transatlantischen Industriekooperationen sind auch intensive Regierungsgespräche zwischen Deutschland und USA in Sachen Technologien und Lizenzen erforderlich. Der eigentliche Programmstart muss spätestens 2010 erfolgen. ■

* Der Autor ist Herausgeber und Chefredakteur der „Politik&Sicherheit“, vormals „Wehrpolitik“. Er war 30 Jahre in der WT-Industrie tätig, davon 10 Jahre bei EUROCOPTER.

Fortsetzung von Seite 5

UNIFIL von beiden Seiten gestellt wurden, lässt sich nach einem Jahr ein positives Ergebnis konstatieren. Keine der beiden Seiten hat bis jetzt nennenswerte Kritik an der deutschen Präsenz im Libanon geäußert. Zudem zeigt auch die Statistik, dass die deutsche Marine bei der seeseitigen Überwachung eine regelmäßige und eingehende Kontrolle des Schiffsverkehrs in den Libanon vornimmt. Mangelnde Waffenfunde sind als Erfolg zu werten, da die maritime Präsenz den Seeweg als Schmuggelroute

offensichtlich unattraktiv erscheinen lässt. Entsprechender Handlungsbedarf ist weiterhin an anderen Stellen gegeben:

Viele der Probleme, zu deren Lösung UNIFIL beitragen soll, haben sich aus dem Mandatsgebiet der Truppe herausverlagert. Die Kampfhandlungen im palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al-Barid und der ungebrochene Waffenschmuggel, der derzeit im Wesentlichen über die syrisch-libanesischen Landgrenze in unwegsamen Gebirgsgebieten des Antilibanon erfolgt, seien als weitere Beispiele angeführt.

Es lässt sich somit feststellen, dass der Libanon trotz erfolgreicher Bilanz der UNIFIL-Truppe eine vollkommene Stabilität noch nicht erreicht hat.

Letztlich wird eine dauerhafte Stabilisierung des Libanon nur im Rahmen einer umfassenden Friedenslösung im Nahen Osten zu erreichen sein. In diesem Zusammenhang ist besonders Syrien gefordert, seine Unterstützung für die Hizbullah im Libanon einzustellen und die Souveränität des Libanon vollumfänglich zu achten. ■

Wo die Straßen enden, beginnt die Herrschaft der Taliban

Dilemma in Afghanistan: Ohne Sicherheit keinen Wiederaufbau und ohne Wiederaufbau keine Stabilität



Dr. Heinrich Maetzke

Deutschland unterstützt den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan mit 100 Millionen Euro pro Jahr. Schwerpunkte der deutschen Hilfe: Bildung und Polizei.

2001 war Afghanistan ein Elendsland, in einem totalitären Albtraum gefangen. Seit dem Ende der Taliban-Herrschaft im November 2001 und der Ankunft der International Security Assistance Forces in Afghanistan Anfang 2002 ist viel erreicht worden. Derzeit befinden sich etwa 15 000 amerikanische Soldaten in dem Land sowie 21 000 ISAF-Soldaten aus 36 Ländern unter Nato-Kommando, darunter auch etwa 2700 Soldaten der Bundeswehr. Rund 30 000 deutsche Soldaten haben bisher ihren Dienst für die Stabilisierung des Landes geleistet. Nicht ohne große Opfer: Insgesamt 543 Koalitionssoldaten sind in den vergangenen sechs Jahren in Afghanistan ums Leben gekommen, darunter 18 deutsche.

In 25 über das ganze Land verstreuten Provincial Reconstruction Teams (PRT) bemühen sich ISAF-Truppen und zivile Aufbauhelfer um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau des Landes. Die PRTs unterstützen die Regierung in Kabul dabei, auch in entfernten Regionen des Landes Einfluß zu nehmen, ein gewisses Maß an Sicherheit herzustellen und den Wiederaufbau abzusichern. Mit Erfolg, wie einige Zahlen zeigen: Seit 2001 hat sich die afghanische Wirtschaftsleistung auf 21,5 Milliarden Dollar verdoppelt und wächst jährlich in zweistelligen Raten. Bis 2008 sollen etwa 19 000 Unternehmen neu entstanden sein, die 550 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Auch mit dem afghanischen Außenhandel, der bis 2001 fast zum Erliegen gekommen war, geht es aufwärts: Die Exporte steigen um jährlich 10 bis 30 Prozent. Seit dem Ende der Taliban-Herrschaft hat das Land immerhin 800 000 Dollar ausländische Investitionen angezogen. Das Prokopfeinkommen hat sich auf etwa 350 Dollar pro Jahr verdoppelt.

Auf mehreren Geber-Konferenzen hat die Bundesregierung dem Land für den zivilen Wiederaufbau zunächst pro Jahr

eine Hilfe von 80 Millionen Euro zugesagt. Dieses Jahr wurde der Grundbetrag um 20 Millionen auf 100 Millionen Euro aufgestockt. Bis zum Jahr 2010 wird Afghanistan allein von Deutschland mehr als 900 Millionen Euro erhalten. Berlin hat Kabul außerdem Schulden über 73 Millionen Euro erlassen.

Ein großes Entwicklungshemmnis stellt das niedrige Bildungsniveau dar. Das Land, dessen Bevölkerung sich seit 1970 von etwa 14 auf heute knapp 32 Millionen mehr als verdoppelt hat, ist sehr jung: 68 Prozent der Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt, 47 Prozent sind 14 Jahre und jünger. Das Durchschnittsalter liegt bei 17,6 Jahren (Deutschland: 43). Und die Bevölkerungsexplosion am Hindukush hält an: Derzeit bringt jede Afghanin im Schnitt 6,6 Kinder zur Welt. Nur 28 Prozent der über 15 Jahre alten Afghanen können lesen und schreiben.

Umso wichtiger sind Verbesserungen auf dem Gebiet der Bildung. Unter den Taliban besuchten gerade mal 900 000 Schüler meist erbärmliche Koranschulen. Seit 2001 wurden landesweit 3500 richtige Schulen neu gebaut, so dass jetzt 6,5 Millionen Kinder ordentlichen Schulunterricht erhalten, ein Drittel davon Mädchen. Allein 2005 wurden 500 000 Mädchen neu eingeschult. 30 000 Lehrer wurden aus- und fortgebildet. Derzeit sind 40 000 Studierende an den 19 Universitäten des Landes eingeschrieben, darunter ein Viertel Frauen – zehnmal soviel wie während des Talibanregimes. Dass die internationale Gemeinschaft mit ihren Anstrengungen etwas erreicht, zeigt auch die so erbitterte wie bestialische Reaktion der Taliban: Die fanatischen Terroristen greifen immer wieder Schulen an, bedrohen Lehrer und ermorden Schüler – vorzugsweise kleine Mädchen.

Schlimm war es zur Zeit der Taliban auch um die medizinische Versorgung der Bevölkerung bestellt. Krankheit galt dem radikal-islamischen Regime als Vorhersehung und Allahs Plan. Nur 8 Prozent der Bevölkerung hatten Zugang zu medizinischer Hilfe. Dank der internationalen Hilfe haben heute 80 Prozent der Afghanen zumindest eine gesundheitliche Basisversorgung. Die Zahl der Schwangeren, die medizinische Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen, ist seit 2003 von 5 auf 71 Prozent gestiegen.

Ein anderer Schlüsselfaktor beim Versuch, Afghanistan Stabilität zu schenken, sind Straßen. „Wo die Straßen enden, beginnt die Herrschaft der Taliban“, sagt man in Nato-Kreisen. Aus diesem Grunde hat die internationale Gemeinschaft sich mit besonderer Intensität dem Straßenbau gewidmet, kein leichtes Unterfangen bei der extrem schwierigen, gebirgigen Topographie des Landes. Bislang wurden fast 7000 Kilometer Straßen gebaut, und bis Ende 2007 sollen noch einmal 1500 Kilometer dazukommen. Auch die sogenannte Ring-Straße, die Kabul mit den Provinz-Hauptstädten verbindet, ist weitgehend fertig. Straßenbau ist für Afghanistan doppelt wichtig: Zum einen bringen die Bauarbeiten jungen Männern Arbeit, die sonst womöglich von den Taliban rekrutiert würden. Zum anderen verbinden die neuen und wiederhergestellten Straßen entlegene Regionen mit regionalen Handelszentren und flößen der regionalen Wirtschaft wieder Leben ein.

In Afghanistan bedingen Sicherheit und wirtschaftlicher Wiederaufbau einander: Ohne Sicherheit vor den Taliban kann es keinen Aufbau geben. Ohne spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen im Lande kann Afghanistan keine Stabilität gewinnen. Darum sind Fortschritte beim Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte so wichtig. Die Afghanische Armee, die heute etwa 32 000 Soldaten umfasst, soll bis Ende 2008 auf etwa 70 000 Soldaten wachsen und wird dann auch Kommando-Einheiten und wenigstens eine Hubschrauber-Staffel erhalten.

Beim Wiederaufbau der Afghanischen Polizei hat Deutschland seit 2002 die Führungsrolle übernommen und bislang rund 19 000 Polizisten der mittleren und höheren Dienstgrade aus- und fortgebildet. Insgesamt wollen die Nato-Staaten bis Ende 2008 etwa 82 000 afghanische Polizisten und Grenzpolizisten ausbilden. Ein besonders wichtiges Projekt ist derzeit der Aufbau der nationalen Polizeiakademie in Kabul.

Die Afghanen nehmen Fortschritte sowohl beim Wiederaufbau als auch bei Stabilität und Sicherheit durchaus wahr. Das zeigt eine Zahl: Seit 2001 sind 4,6 Millionen afghanische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt – eine der größten Rückkehrbewegungen der Geschichte. ■

Vernetzte Sicherheit – mehr als ein Schlagwort?

Vernetzte Sicherheit als praktische Konsequenz des erweiterten Sicherheitsbegriffs



Dr. Fouzieh Melanie Alamir

Der erweiterte Sicherheitsbegriff gehört mittlerweile zum politischen Alltagsvokabular in Deutschland. Seit den frühen neunziger Jahren ist er Wegbereiter eines Denkens, das Sicherheit als gesamtstaatliche und internationale Aufgabe begreift, die deutlich mehr Politikfelder umfasst als herkömmliche innere und auswärtige Sicherheitspolitik. Immer mehr Akteure aus Politikfeldern, die sich bis vor wenigen Jahren kaum mit Sicherheitspolitik befassten, setzen sich unter Verweis auf ein erweitertes Sicherheitsverständnis aus der Perspektive ihres jeweiligen Handlungsbereiches zu sicherheitspolitischen Problemen ins Verhältnis. Vor etwa fünf Jahren trat ein neuer Begriff auf die sicherheitspolitische Agenda, der Begriff der Vernetzten Sicherheit. Zunächst auf relativ kleine Diskussionskreise beschränkt, erlebte er eine rasche Verbreitung, bis er mit dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands von 2006 als stehender Terminus etabliert wurde.

Ausgehend von einem erweiterten Sicherheitsverständnis bedeutet Vernetzte Sicherheit, dass politische Institutionen, Konzepte, Strategien, Prozeduren und Instrumente der Komplexität, Asymmetrie und Dynamik heutiger Risiken und Bedrohungen in adäquater Weise begegnen, indem Sicherheitspolitik ressortübergreifend abgestimmt, kohärent und koordiniert umgesetzt, wirkungsorientiert und nach Möglichkeit auch präventiv angelegt ist. Dies gilt für nationalstaatliches wie auch multinationales Handeln.

Vernetzte Sicherheit ist also die praktische Wendung des erweiterten Sicherheitsbegriffs und beschreibt vor allem eine intendierte Qualität von Sicherheitspolitik. Ist sie als solche mehr als nur ein modisches Schlagwort, als eine Absichtserklärung? Auf welche Praxis rekurriert der Begriff? Nachfolgend wird exemplarisch ein besonders dynamisches Handlungsfeld Vernetzter Sicherheit herausgegriffen, um dieser Frage nachzugehen.

Internationales Krisenmanagement

Die Anforderungen an die Wirksamkeit, aber vor allem auch an Abstimmung und Koordination des zivilen und militärischen Instrumentariums im internationalen Krisenmanagement sind national wie international enorm gestiegen.

Anfang der neunziger Jahre begann sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit der Herausforderung durch Krisen und Konflikte intensiver zu befassen. Dies mündete in einem übersektoralen Konzept zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. Es schreibt Krisenprävention und Konfliktbearbeitung als Querschnittsthemen der EZ fest vor und führt eine Kennung für Projekte ein, die deren Konfliktbezug markiert. Zudem setzt sich die deutsche EZ in den letzten Jahren auch verstärkt mit möglichen entwicklungspolitischen Beiträgen zur Sicherheitssektorreform in Krisenländern auseinander. Wenngleich in der Praxis noch nicht so deutlich sichtbar, begreift sich die deutsche EZ heute als Baustein einer modernen, umfassend verstandenen Sicherheitspolitik.

Die Bundeswehr befindet sich seit mehr als einer Dekade in einem permanenten Adaptionsprozess an die neuen Einsatzherausforderungen, die heute mit größter Wahrscheinlichkeit durch Szenarien im internationalen Krisenmanagement geprägt sind. In diesem Zuge wurden u.a. neue Methoden des Innovationsmanagements (Konzeptentwicklung und Experimentierung) und das Konzept der Vernetzten Operationsführung eingeführt. Die Anpassungen von Strukturen, Verfahren, Ausstattung und Technik werden mit Blick auf Fähigkeitskategorien vorangetrieben, die den Einsatz der Bundeswehr im gesamten Spektrum ermöglichen (Führungsfähigkeit, Nachrichtengewinnung und Aufklärung, Mobilität, Wirksamkeit im Einsatz, Unterstützung und Durchhaltefähigkeit sowie Überlebensfähigkeit und Schutz).

Auch im Rahmen von UN, NATO und EU hat die Verbesserung der Abstimmung, Koordination und Kooperation zwischen zivilen und militärischen Akteuren auf allen Ebenen höchste Priorität. Die Europäische Union hat mit ihrem Civilian Headline Goal den Bereich der

nichtmilitärischen Krisenbewältigung hervorgehoben. Deutschland hat hierfür nationale Kräfte zugesagt, doch vor allem die Polizeien verfügen bislang nicht über gesonderte Kapazitäten für den internationalen Krisenmanagementeinsatz. Diese werden bisher bei Bedarf aus den allgemeinen Aufbauorganisationen des Bundes und der Länder temporär herausgelöst. Da die Nachfrage wächst und Bundes- wie Länderpolizeien bereits stark beansprucht sind, werden derzeit bei der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt Personalpools für Auslandsverwendungen aufgebaut.

Während, wie gezeigt, auf den Ressortsträngen je eigene Anpassungsprozesse der Instrumentarien an den Bedarf im internationalen Krisenmanagement eingesetzt haben, steht die Vernetzung dieser Instrumente noch ganz am Anfang. Der Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung der Bundesregierung ist hier ein richtungweisendes politisches Signal im Sinne des Willens zu einer ressortübergreifenden Bündelung deutscher außen- und sicherheitspolitischer Instrumente und Ressourcen im Geiste des erweiterten Sicherheitsbegriffs. Bislang fehlt ihm allerdings die politische Sichtbarkeit und Durchschlagskraft.

So sind weder die Sequenz des Einsatzes der verschiedenen Instrumente (z.B. Ablösung der humanitären Hilfe durch EZ) noch die Abstimmung in den verschiedenen Handlungsbereichen (z.B. zwischen deutschen Beiträgen zur Polizeireform, im Rahmen von ISAF und den Entwicklungsaktivitäten in Afghanistan) oder die Übergabeproblematik (z.B. Übergabe von Aufgaben der öffentlichen Ordnung vom Militär an zivile Kräfte) Gegenstand systematischer ressortübergreifender Planung und Abstimmung, sondern passieren meist ad hoc oder ex post. Auch fehlt es noch vielfach an einem ressortgemeinsamen Verständnis von Zielen, Rollen, Aufgaben, Handlungskapazitäten und -grenzen der unterschiedlichen Akteure; unterschiedliche Institutionenkulturen tun das Ihre. Nicht zuletzt besteht unverändert eine große Diskrepanz zwischen militärischen und zivilen Instrumenten hinsichtlich schneller Ver-

Fortsetzung auf Seite 9

Mehr Sicherheit durch das Konzept „Vernetzte Sicherheit“



Christian Schmidt, MdB

Mit der „vernetzten Sicherheit“, die im Mittelpunkt des Weißbuchs zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr steht, verfügen wir über ein gutes und zukunftsfähiges Konzept. „Vernetzte Sicherheit“ basiert auf einem koordinierten Ansatz aller verfügbaren und relevanten Instrumente.

Ziel ist eine höchstmögliche Wirkung durch Ausnutzung aller verfügbaren Ressourcen. Das Spektrum reicht dabei von nationalen Regierungen bis zu internationalen Organisationen, von kulturellen, militärischen, diplomatischen, entwicklungstechnischen bis hin zu wirtschaftlichen und politischen Instrumenten.

„Vernetzte Sicherheit“ beinhaltet eine nationale wie auch eine internationale Dimension. Denn in einer globalisierten

Welt werden die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit fließend und verlieren ihre Trennschärfe.

Auf nationaler Ebene bedeutet vernetzte Sicherheit einen wirksamen Schutz unseres Landes und unserer Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und intensivierter ressortübergreifender Zusammenarbeit. Alle national verfügbaren Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung müssen deshalb noch enger miteinander verzahnt werden.

Der Anfang dafür ist bereits gemacht. Ein Gemeinsames **Terrorismusabwehrzentrum** wurde gegründet, in dem Polizei, Nachrichtendienste und Vertreter der Streitkräfte eng miteinander arbeiten. Die Ministerien führen regelmäßige Abstimmungsgespräche durch. Personal wird untereinander ausgetauscht, und Kontingentführer der Bundeswehr werden gemeinsam durch das Bundesministerium der Verteidigung, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusam-

menarbeit und Entwicklung auf ihre Aufgaben vorbereitet.

Auf internationaler Ebene benötigen wir einen vernetzten Ansatz, der effektiv die Fähigkeiten nicht nur einzelner staatlicher Akteure, sondern von internationalen Organisationen, besonders von NATO, Europäischer Union und Vereinten Nationen zusammenführt. Es gilt, Wege zu finden, die Interaktion besser zu strukturieren und substantieller zu gestalten, um Krisen und Konflikten mit einer gemeinsamen politischen Strategie begegnen zu können.

Die Bundeswehr ist ein wichtiges und unverzichtbares Instrument im Rahmen der gesamtstaatlichen vernetzten Sicherheitsvorsorge. Eine leistungsfähige Bundeswehr ermöglicht es Deutschland, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf internationaler Ebene aktiv mitzugestalten. ■

* Auszug aus dem Vortrag des Autors auf der 2. Konferenz „Future Security“ des Fraunhofer Verbunds „Verteidigungs- und Sicherheitsforschung“ am 12. September 2007 in Karlsruhe. MdB Schmidt ist auch Leiter des Arbeitskreises Sicherheitspolitik und Bundeswehr.

Fortsetzung von Seite 8

fähigkeit, Ausstattung und politischer Aufmerksamkeit (Mandatierung), die dem tatsächlichen Bedarf im Krisenmanagement entgegensteht, wo zivile Akteure den Großteil der Aufgaben zu meistern haben. Und schließlich fehlt es fast gänzlich an einer systematischen Verknüpfung zwischen den deutschen Aktivitäten im internationalen Krisenmanagement und den Maßnahmen zur Terrorismusabwehr und -bekämpfung im Innern.

Vernetzte Sicherheit – ein Konzept mit Zukunft

Vernetzte Sicherheit ist mehr als nur ein Schlagwort, auch wenn sich der Begriff in ein paar Jahren abgenutzt haben und durch einen anderen ersetzt werden mag. Die Notwendigkeit, heutigen Sicherheits Herausforderungen mit ressortübergreifend abgestimmten und langfristige wirkungsorientierten Lösungen, Verfahren und Instrumenten zu begegnen, ist heute unstrittig. Der Blick auf das Handlungsfeld internationales Krisenmanagement zeigt zudem: Vernetzte Sicherheit ist in Ansätzen auch bereits gelebte Pra-

xis. Allerdings ist diese noch durch ein weitgehendes Nebeneinander von Prozessen zu Teilaspekten charakterisiert, was dem Grundgedanken der Vernetzung zuwider läuft.

Die IABG ist seit Jahren bereits in zahlreiche Projekte und Prozesse involviert, die sich im Rahmen der laufenden Vernetzung bewegen oder hierzu wertvolle Beiträge leisten, zum Teil ohne dass sich diese explizit auf das Konzept Vernetzte Sicherheit beziehen. Unsere Aktivitäten liegen auf der gesamten Bandbreite von Themen Vernetzter Sicherheit. Die IABG leistet z.B. Beratung und technische Unterstützung auf Länderebene bei der Einführung des Digitalfunks der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Für das bayerische Innenministerium fungiert die IABG als Projektmanager und fachlicher Berater bei der Einführung Integrierter Leitstellen. Sie hat außerdem ein mobiles Ad-hoc-Netzwerk entwickelt, das für den Einsatz von Streitkräften wie auch BOS nutzbar ist. Langjährige Erfahrung bringt die IABG bei der Konzeptentwicklung und Experimentierung im Rahmen der Transformation der Streitkräfte-

fähigkeiten mit. Sie ist aber auch in der Ausbildungsunterstützung tätig, wo sie Simulationsmodelle entwickelt, die Friedensmissionen im zivil-militärischen Umfeld abbilden können. Mit Hilfe von Analysten im Einsatz unterstützt die IABG die Optimierung von Planungs- und Führungsvorgängen in komplexen Einsatzszenarien. Ein neues Tätigkeitsfeld besteht in Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen in den Themenfeldern Sicherheitssektorreform, zivil-militärische Kohärenz und ressortübergreifende Zusammenarbeit im internationalen Krisenmanagement, wo die IABG für das Auswärtige Amt tätig geworden ist.

Künftig wird die IABG ihr breit gefächertes Leistungsangebot auf diesem Gebiet stärker bündeln und miteinander verknüpfen. Wir passen damit unsere Leistungen dem sich verändernden Bedarf an. Dazu gehört auch ein Ausbau der nichttechnischen Beratungs- und Unterstützungsangebote. Vernetzung ist kein Automatismus, sondern kann nur Ergebnis bewussten, zielgerichteten Handelns sein. Die IABG will diesen Prozess aktiv unterstützen und mitgestalten. ■

Ein modernes Panzerabwehrlenkflugkörpersystem für den PUMA

Die Fähigkeiten des deutschen Heeres werden künftig stärker als bisher auf Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschließlich des Kampfes gegen internationalen Terrorismus, im Rahmen von multinationalen Operationen ausgerichtet. Vor diesem Hintergrund wird der Schützenpanzer PUMA Nachfolger des nicht mehr bedarfsgerechten Schützenpanzers MARDER 1. Anders als dieser kann der Schützenpanzer PUMA mit dem künftigen Transportflugzeug A400M an den Einsatzort gebracht werden. Für die Bundeswehr sind 405 PUMA geplant. Die Hauptbewaffnung des PUMA ist eine 30 mm Maschinenkanone. Die ersten Serienfahrzeuge werden voraussichtlich Ende 2009 in die Truppe eingeführt. Moderne gepanzerte Fahrzeuge wie PUMA müssen u.a. über die Fähigkeit verfügen, gegnerische Panzerfahrzeuge mit hohem bzw. mittlerem Schutzniveau insbesondere in Duellsituationen erfolgreich bekämpfen zu können. Aus diesem Grund benötigt der PUMA zum Schutz des Soldaten eine reaktions-schnelle Durchsetzungsfähigkeit und wird deshalb zusätzlich mit einem Panzerabwehrlenkflugkörpersystem ausgerüstet.

Wirkung im Ziel, eindeutige Identifikation des Zieles vor dem Schuss, Reaktionsschnelligkeit, hohe Ersttrefferwahrscheinlichkeit, der Einsatz gegen unterschiedliche Zielarten (inkl. die Bekämpfungsfähigkeit von gegnerischen Kampfpanzern oder gepanzerten Zielen) in einer Entfernung bis zu 2500 m stehen bei der Forderung für eine Lenkflugkörperbewaffnung des Schützenpanzers PUMA im Vordergrund.

Integration des Lenkflugkörpersystems MILAN ADT-ER auf PUMA

Diese Kriterien waren auch die Leitlinie für eine eigenfinanzierte Vorstudie der MBDA Deutschland zur Adaption des neuen, leistungsstarken Panzerabwehrlenkflugkörpersystems MILAN ADT-ER auf PUMA. Die Studie zeigt die prinzipielle technische Machbarkeit als eine einfache und bedarfsgerechte Lösung auf. Eine adaptive als auch eine integrierte Lösung gelten als realisierbar.

Bei der **adaptiven Lösung** werden zwei Lenkflugkörper sowie die Elektronik



Leistungsstarkes Waffensystem MILAN ADT-ER auf PUMA. Eine adaptive sowie integrierte Lösung gelten als realisierbar.

und Optik der Waffenanlage MILAN ADT an der linken Seite des PUMA Turms adaptiert und mit einer Schutzpanzerung gegen Beschuss geschützt. Nach Zielidentifikation und vor Verschuss des Lenkflugkörpers schaltet der Schütze von den Sichtmitteln des PUMA auf die Sichtmittel des Flugkörpersystems um. Dieses Bild wird harmonisiert auf den vorhandenen Bildschirmen im PUMA dargestellt. Durch diese Auslegung werden Eingriffe in den PUMA vermieden. Allerdings entstehen Kosten durch die notwendige doppelte Optik.

Bei der **voll integrierten Lösung** wird auf die Fahrzeugvisionik des PUMA zurückgegriffen, wobei der MILAN-Ortungssensor mit dem Schützenvisier des PUMA gekoppelt wird. An der linken Seite des Turmes wird nur ein Doppellauncher zur Aufnahme der beiden Flugkörper angebracht. Bei dieser Lösung gibt es für den Schützen vom Bekämpfungsablauf her keinerlei Unterschiede zur Bekämpfung mit der Maschinenkanone. Er visiert mit denselben Sensoren und arbeitet mit demselben Fadenkreuz. Der Schuss kann jederzeit und ohne zeitliche Verzögerung erfolgen. Da zum Visieren auf die bestehende Optik des PUMA zurückgegriffen wird, beschränken sich die Adaptionen für das Lenkflugkörpersystem nahezu auf den reinen Launcher an der linken Seite des Turmes.

Bei beiden Lösungsansätzen werden die bereits im PUMA vorhandenen Bedien- und Anzeigeelemente zur Steuerung verwendet.

Mit dem neuen deutsch-französischen Waffensystem MILAN ADT-ER steht dem PUMA noch vor seiner Einführung im Jahr 2009 ein hochmodernes und leistungsstarkes sowie vielfältig verwendbares Panzerabwehrsystem zur Verfügung, das weltweit seinesgleichen sucht.

Neueste Technologien wurden eingesetzt, um ein System anbieten zu können, das den aktuellen militärischen Forderungen gerecht wird. Dabei stehen auch für den Einsatz von MILAN ADT-ER bei der Infanterie der Schutz der Soldaten im Einsatz, die Einhaltung der „Rules of Engagement“, die Möglichkeit der Anbindung an NetOpFü und geringe Life Cycle Costs im Focus.

Industriepolitische Bedeutung

Aufgrund der universellen Einsetzbarkeit, der hohen Effektivität und der nachgewiesenen Zuverlässigkeit wurde MILAN in den letzten Jahrzehnten in 44 Nationen eingeführt. Insgesamt sind 360 000 MILAN Lenkflugkörper und ca. 10 000 Waffenanlagen verkauft worden. Damit konnte MILAN einen Weltmarktanteil von 40% erringen und sicherte Deutschland über Jahre die konzeptionellen und technologischen Fähigkeiten im Bereich Panzerabwehr und mehrrollenfähige leichte Lenkflugkörpersysteme. Die neue **Waffenanlage** MILAN ADT wird zu 100% in Deutschland gefertigt*. Mit 10% ist die deutsche Industrie am neuen europäischen **Flugkörper** beteiligt. Aufgrund der großen Kundenbasis und des daraus resultierenden enor-

* **Berichtigung:** Der im Artikel „MILAN ADT-ER“ der vorherigen Ausgabe Nr. 2 vom Juli 2007 genannte Prozentsatz war fehlerhaft.

men Exportpotenzials können somit mittel- und langfristig ca. 150–200 High-tech Arbeitsplätze – insbesondere auch bei Unterauftragnehmern – in Deutschland gesichert werden. So sind zum Beispiel die Firmen AIM (ein Joint-Venture von Diehl und Rheinmetall) mit ca. 20% (Wärmebildgerät), Jenoptik mit ca. 8% (Infrarot-Optiken) oder LINOS mit ca. 8% (Direktsichtoptik und Strahlteiler) ebenfalls an der Waffenanlage beteiligt.

Fazit

Das neue Waffensystem MILAN ADT-ER entspricht bezüglich des Einsatzes in Konflikten niedriger ebenso wie hoher Intensität in besonderem Maß den Anforderungen des Deutschen Heeres. Das neue Waffensystem MILAN ADT-ER

bietet sowohl technisch-operative Überlegenheit als auch ein gutes Kosten-/Nutzenverhältnis. Damit ist das überlegene, den aktuellen und künftigen Be-

drohungsszenarien angepasste Waffensystem MILAN ADT-ER auch die ideale, komplementäre Ergänzung zur Rohrwaffe des PUMA. ■

Technische Daten / Fähigkeiten des Systems MILAN ADT-ER

<p>ER Flugkörper</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewicht: 13,5 kg • Länge: 1200 mm • Kaliber: 115 mm • Reichweite: 3000 m • Verschusshöhe: 3500 m 	<p>ADT Waffenanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewicht: 20 kg • Identifikationsreichweite des WBG: 3000 m • Vergrößerungen: 7-fach und 21-fach • NetOpFü kompatibel
<ul style="list-style-type: none"> • Geringe LCC • Hohe Zuverlässigkeit • Direktanflug • Tag & Nacht, Allwetter und überall • Gesteigerte Reichweite auf 3000 m 	<ul style="list-style-type: none"> • Integration eines Wärmebildgerätes • Gewichtsoptimierung • Hoch effektiver Gefechtskopf zur Penetration modernster Panzerungen

EADS: Militärisches Luftfahrtzentrum in Manching

Der Luft- und Raumfahrtkonzern EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) macht sich fit für die Herausforderungen der Zukunft und investiert in die Stärkung seiner Hochtechnologie-Kompetenzen. Ein Schwerpunkt liegt dabei im Ausbau der militärischen Luftfahrtaktivitäten des Geschäftsbereichs Military Air Systems, um national und international eine führende Rolle in dieser High-Tech-Branche zu übernehmen.

Military Air Systems (MAS) ist das Kompetenzzentrum der EADS-Division Defence & Security für bemannte und unbemannte fliegende Waffensysteme. Durch die Bündelung der Programme, Fähigkeiten und Ressourcen von MAS am Standort Manching entsteht dort ein international führendes militärisches Luftfahrtzentrum. Das sogenannte Military Air Systems Center wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit von EADS nachhaltig verbessern und die Zusammenarbeit mit den Kunden weiter intensivieren.

Die Entwicklung und Stärkung des Standortes zeichnete sich bereits Mitte der 90er Jahre ab, als die Betreuung von Großflugzeugen – wie zum Beispiel dem Transportflugzeug Transall oder der AWACS-Aufklärungsflugzeuge – nach Manching verlagert wurde. Seit 2000 werden in Manching zudem die Rumpfmittelteile sämtlicher Eurofighter ausgerüstet sowie die deutschen und nun auch die österreichischen Maschinen endmontiert. Im Jahr 2003 nahm MAS



Militärisches Luftfahrtzentrum in Manching

gemeinsam mit der Bundeswehr das sogenannte SUZ Eurofighter (SUZ – Systemunterstützungszentrum) in Betrieb, das Unterstützungsleistungen für die gesamte Hard- und Softwarearchitektur des hochmodernen Kampfflugzeuges anbietet. Im April 2007 schließlich wurde das Service-Angebot um ein Systemunterstützungszentrum für den Tornado ergänzt.

Die anhaltende Konzentration der MAS-Kompetenzen am Standort Manching wird es ermöglichen, in enger Zusammenarbeit mit dem Kunden militäri-

sche Luftfahrzeuge über den gesamten Lebenszyklus hinweg zu betreuen: Von der Entwicklung über die Produktion bis hin zu diversen Unterstützungsleistungen, wie Produkt-Upgrades, Wartung oder Instandsetzung. Darüber hinaus werden durch die Zusammenführung aller Bereiche und Abteilungen entlang der Wertschöpfungskette Prozesse beschleunigt und Schnittstellen reduziert. Das Military Air Systems Center wird somit entscheidend dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen und Arbeitsplätze zu sichern. ■